

Interview. Das Geld zur Krisenbewältigung sei in alte Strukturen geflossen, rügt Wirtschaftsexperte Sven Giegold.

HELMUT L. MÜLLER

Jene Länder, die nicht rechtzeitig auf ein nachhaltiges, zukunftsträchtiges Wirtschaftsmodell umsteuern, werden am Ende auch ökonomisch verlieren. Das sagt Sven Giegold voraus, der eloquent die Positionen von ATTAC in Deutschland vertreten hat und jetzt als grüner EU-Parlamentarier tätig ist.

SN: Wie weit sind wir gekommen bei der Zählung des schrankenlosen Marktsystems? Offenbar nicht sehr weit, wenn sich der „Kasino-Kapitalismus“ schon wieder weiterdreht...

Giegold: Das Problem ist, dass wir globale Märkte geschaffen haben, ohne gleichzeitig starke soziale und ökologische Regeln einzuführen; und zum Teil gibt es nicht einmal klare ökonomische Regeln. Im Bereich des Finanzmarktes ist es am allerdeutlichsten: Kapital ist grenzenlos mobil, und es wird spekuliert, ohne auf das Gemeinwohl

Für internationale Regeln brauchen wir dringend die EU.

Sven Giegold, EU-Parlamentarier

Rücksicht zu nehmen. Die Versuche der EU, dem Einhalt zu gebieten, stecken bisher noch in den Kinderschuhen. Jetzt arbeiten wir in der EU gerade an einem großen Paket von Verordnungen und Richtlinien. Wer sich da durchsetzt, das Gemeinwohl oder die Lobbyisten, das ist, ehrlich gesagt, noch nicht ausgemacht.

SN: Aber auf mehreren G-20-Gipfeln hat man ja global regulierende Regeln verabredet. Offenbar hinkt die politische Praxis den Beschlüssen auf dem Papier noch hinterher. Wo sind die Bremser?

Giegold: Die Bremser sitzen überall. Bei der Schaffung einer europäischen Finanzmarktaufsicht sind die Bremser in Großbritannien und Deutschland. Wenn es um die Einführung einer Finanztransaktionssteuer geht, will derzeit in Europa kaum noch jemand Bremser sein. Trotzdem wird behauptet, man könne sie nur global einführen. Doch das österreichische und das belgische Parlament haben dankenswerterweise beschlossen, dass wir es auch europaweit können. Wenn es darum geht, die

Steueroasen trocken zu legen, ist leider Österreich einer der Bremser. Österreich fährt weiterhin eine Strategie auf Kosten seiner Nachbarn, mit einem exzessiven steuerlichen Bankgeheimnis die Besteuerung von Vermögenden und transnationalen Unternehmen zu untergraben.

SN: Haben wir, etwa in der EU, aus der Krise gelernt?

Giegold: Ob jetzt wirklich effektive Regeln eingeführt werden oder ob sich die Lobbyisten mit ihrer Abwehrhaltung durchsetzen, wird sich erst in den nächsten Monaten zeigen. Was wir stark zu kritisieren haben, ist, dass die vielen Milliarden, die jetzt ausgegeben wurden für die Krisenbekämpfung, leider nicht ausgegeben wurden, um gleichzeitig effektiv etwas gegen Klimawandel und gegen Armut zu tun. Man hat vielmehr wieder sehr viel Geld in die alten Industriestrukturen gesteckt, die ohnehin nicht nachhaltig sind.

SN: Unsere Reaktion auf die Krise war folglich ziemlich „old-fashioned“. Haben wir damit die Chance verpasst, in der Krise umzusteuern auf eine zukunftsträchtigere Lebens- und Wirtschaftsweise?

Giegold: Ich fürchte, ja. Das Geld ist ausgegeben; und es wird auch in dem Sinne nicht wieder ausgegeben. Damit wird es doppelt teuer, weil das Umsteuern auf ein Konsummodell, das nicht mehr auf Kosten künftiger Generationen geht, ohnehin wird kommen müssen – aus Eigeninteresse, aber auch im Interesse der Menschen im Süden. Das Geld, das jetzt zur Krisenbewältigung ausgegeben wurde, hätten wir gut gebrauchen können, um diesen Wandel voranzutreiben.

SN: Auch US-Präsident Obama hat angeregt, Wirtschafts- und Umweltkrise gleichzeitig anzupacken. War das schon der Einstieg in den Ausstieg aus dem verschwenderischen amerikanischen Lebensstil?

Giegold: Obama hat es geschafft, dass große Teile des amerikanischen Konjunkturprogramms in erneuerbare Energien und Energie-Effizienz geflossen sind; das wäre vor Obama sicher nicht denkbar gewesen. Andererseits sieht man sehr deutlich, dass die meisten Bürgerinnen und Bürger in Amerika zu einem tiefergreifenden Wandel noch nicht bereit sind.

Die USA haben – wie einige europäische Länder, darunter auch Österreich – ihre Treibhausemissi-

„Wir verschlafen den Wandel“



Sven Giegold: Lebensstil des „Immer weiter“ macht nicht glücklich. Bild: SN/WAPA

Daten & Fakten

Globalisierung braucht Kontrolle

Sven Giegold (geb. 1969) engagiert sich für eine Kurskorrektur in der globalen Entwicklung. Der Wirtschaftswissenschaftler zählte zu den Gründungsmitgliedern des globalisierungskritischen Netzwerks ATTAC in Deutschland. 2009 ist er für die Grünen in das EU-Parlament eingezogen. Die größten Probleme bei der Globalisierung (wie Finanzmärkte oder Klimawandel) seien nicht mehr nationalstaatlich zu lösen, versichert er im SN-Gespräch, sondern nur noch international. „Die EU wurde geschaffen als Wirtschaftsgemeinschaft und freier Markt. Die sozial-ökologische Regulierung und die Demokratie rennen dem hinterher. Das Wichtigste ist nicht, die EU zu beschimpfen, sondern die sozial-ökologischen Regeln demokratisch durchzusetzen. Dafür brauchen wir eine Europäisierung der Zivilgesellschaft und des politischen Engagements.“

Am Donnerstag, 19. November (ab 19 Uhr), spricht Sven Giegold in Salzburg über das Thema „Was lernt die EU aus der Krise?“ (Gemeindesaal der Christuskirche, Schwarzstraße 25).

onen immer weiter gesteigert. Der Wandel im Lebensstil und in der Produktionsweise ist noch nicht allgemein konsensfähig.

Aber jene Länder, die den Wandel nicht rechtzeitig einleiten, werden auch ökonomisch verlieren, weil sie die Zukunftstechnologien dann aus dem Ausland importieren werden, statt sie selbst zu produzieren.

SN: Ein schlimmer Befund auch deshalb, weil ja immer gesagt wird: Nur wenn Europa und die USA vorangehen, werden auch Länder wie China mitziehen.

Giegold: Das ist teilweise wahr. Auf der anderen Seite wird in China massiv investiert in erneuerbare Energien, in Autos, die energieeffizient sind. China mag gut die Nase vorn haben bei der nächsten Generation von Automobilen. Es kann sein, dass wir Millionen von Elektroautos aus China importieren werden, weil wir sie selbst nicht herstellen. Gerade Deutschland ist in der Gefahr, den Wandel hier völlig zu verschlafen und vor lauter Stolz auf Porsche, BMW oder Mercedes nicht zu sehen, was zukunftsfähig ist.

SN: Welche Bedeutung hat die Klimakonferenz in Kopenhagen noch, wenn man die Ziele so herabstuft wie jetzt geschehen?

Giegold: Das ist nach wie vor die größte Chance, die Anstrengungen um Klimaschutz international zu koordinieren. Aber es gibt die große Gefahr, dass das an einer neuen Form selbstschädigenden Geizes der reichen Staaten scheitert. Denn ein globales Abkommen hat nur eine Chance, wenn es gerecht ist. Das bedeutet, dass die, die in der Vergangenheit die Atmosphäre mit Treibhausgasen belastet und damit das Problem erzeugt haben – wozu wir in der EU gehören –, bereit sein müssen, in den Wandel in den ärmsten Ländern zu investieren; aber bisher halten wir unsere Taschen zu und schaden damit uns genauso wie der internationalen Gemeinschaft.

SN: Kommen wir bei der Lösung der Weltprobleme nicht ohne solche Mammutkonferenzen aus?

Giegold: Wenn wir offene Grenzen haben wollen für Menschen wie für Produkte, dann brauchen wir auch globale Regeln. Um diese demokratisch zu beschließen, muss es auch demokratische Prozesse geben – wie internationale Konferenzen oder das Europaparlament. In Kopenhagen wird es eine starke Beteiligung der Zivilgesellschaft geben. Das Problem ist eher, dass in den wichtigsten ökonomischen Institutionen – Internationaler Währungsfonds, Welthandelsorganisation – die Verhandlungen ohne Beteiligung der Zivilgesellschaft stattfinden.

MEHR TELE

Diesen Donnerstag neu.

